

Aufsätze



Rechtsanwältin Eveline Roos, Solothurn



Rechtsanwalt Konrad Jeker, Solothurn

Antennensuchlauf im Rahmen einer Rasterfahndung¹

Inhaltsübersicht

I. Einleitung

II. Übersicht über BGE 137 IV 340

1. Sachverhalt
2. Begründung

III. Begriffe

1. Rasterfahndung
2. Antennensuchlauf
3. Unbekannte Täterschaft
4. Strafprozessualer Tatverdacht
 - a) Funktionen des Tatverdachts
 - b) Vom Anfangsverdacht gegen Unbekannt zur Anklage gegen die beschuldigte Person
 - c) Hinreichender Tatverdacht gegen Unbekannt?
 - d) Dringender Tatverdacht gegen Unbekannt?

IV. Kritik

1. Antennensuchläufe als Zwangsmassnahmen?
2. Gesetzliche Grundlage für Antennensuchläufe?
3. Dringender Tatverdacht/Individualisierbarkeit
4. Übrige Voraussetzungen

V. Fazit

I. Einleitung

In [BGE 137 IV 340](#) hat das Bundesgericht gemäss Regeste die «Voraussetzungen für die Zulässigkeit eines Antennensuchlaufs im Rahmen einer strafprozessualen Rasterfahndung gegen noch unbekannte Täterschaft» definiert. Dahinter verbergen sich Fragen grundsätzlicher Natur, zumal die Strafprozessordnung die Begriffe des Antennensuchlaufs² und der Rasterfahndung nicht kennt. Zudem

war die Zulässigkeit des Antennensuchlaufs seit je umstritten.³ Um die wesentlichsten Rechtsfragen erfassen zu können ist es unerlässlich, sich nach der Kurzdarstellung des Entscheids mit den relevanten Begriffen auseinanderzusetzen.

II. Übersicht über BGE 137 IV 340

1. Sachverhalt

Der Sachverhalt, der dem besprochenen Entscheid zugrunde liegt, kann vereinfacht so zusammengefasst werden, dass den Strafverfolgern drei Raubüberfälle bekannt waren, die nach einem ähnlichen Muster wurden. Die Delikte fanden an drei verschiedenen Orten in drei verschiedenen Kantonen zu drei verschiedenen...

Dieses Dokument ist für Abonnenten oder Pay-per-Document-Kunde zugänglich.

[Abonnieren →](#)

[Kaufen →](#)

[Kostenlos testen →](#)

[Login](#)